

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD

Sozialraummonitoring vereinheitlichen? – Nachvollziehbare und transparentere Entscheidungen ermöglichen!

Im Land Bremen gibt es mehrere Monitoringsysteme, die mit unterschiedlichen Indikatoren sozialräumliche Daten und Entwicklungen abbilden: über die „Lebenslagen in Bremen“ (Armut- und Reichtumsbericht), über die „Soziale Stadt“/„Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN), als Bildungsberichterstattung sowie zum Leitbildprozess Bremen 2020. Auf dieser Grundlage können Politikerinnen und Politiker, Verwaltungen und andere Akteure (kleinräumige) Entwicklungen erkennen, Handlungsfelder identifizieren und begründete politische Entscheidungen (z. B. die Mittelvergabe) treffen.

Derzeit existiert für das Land Bremen kein aktuelles und ressortübergreifendes Berichterstattungssystem. Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, die Senatorin für Bildung und Wissenschaft sowie der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr greifen auf unterschiedliche Monitoringsysteme mit fachspezifischen Indikatoren zurück. Auf dieser Grundlage werden politische Schwerpunkte im Rahmen des Senatsprogramms zur „Verbesserung der sozialen Lage in Bremen“, zum Ausbau von Ganztagschulen, zur Mittelvergabe der „Stadtteilbezogenen Kinder- und Jugendförderung“ sowie zur Festlegung von WiN- und Sanierungsgebieten festgelegt.

Wir fragen den Senat:

1. Welche Monitoringsysteme (mit welchen Indikatoren) werden in den jeweiligen Ressorts der öffentlichen Verwaltung des Landes Bremen derzeit genutzt und wie aktuell sind die jeweiligen sozialräumlichen Basisdaten?
2. Wie beurteilt der Senat mögliche Vorteile durch ein politikfeldübergreifendes Berichterstattungssystem, das über ein reines Sozialindikatorensystem hinausgeht und sicherstellt, dass die Ressorts mit denselben Basisdaten arbeiten?
3. Wenn ja, welche Handlungsbereiche und Indikatoren müssten dabei zwingend einbezogen sein, damit die Stadtpolitik in Bremen und Bremerhaven, die Verwaltungsressorts, der Magistrat Bremerhaven und andere Akteure im Alltag damit arbeiten können und nicht aufwändige Erhebungen durchführen oder in Auftrag geben müssen?
4. Wie könnte ein solches ressortübergreifendes Berichterstattungssystem zu mehr Transparenz über (kleinräumige) soziale Lagen und Bedarfe sowie verbesserter Steuerungsfähigkeit beitragen, z. B. für die Programme:
 - a. „Lebenslagen in Bremen – Strategien und Maßnahmen zur Minderung von Armut und zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts“
 - b. „Wohnen in Nachbarschaften“/„Soziale Stadt“

- c. Ausbauplanung in der Kindertagesbetreuung
 - d. Ausbauplanung von Ganztagschulen
 - e. Stadtteilbezogene Kinder- und Jugendarbeit?
5. Welche Anforderungen müsste ein solches kleinräumiges Monitoringsystem erfüllen und in welchen zeitlichen Intervallen müssten die Daten novelliert werden, damit die zwingend erforderlichen Daten kontinuierlich fortgeschoben werden können und bei politischen Entscheidungen aktuell zur Verfügung stehen?
 6. Welche bisher nicht verfügbaren Indikatoren/Basisdaten sind aus Sicht des Senats für eine zukünftige, kontinuierliche Berichterstattung, insbesondere über die „Lebenslagen in Bremen“ (Armut- und Reichtumsbericht) zwingend notwendig?
 7. Kann an zentraler Stelle, zum Beispiel beim Statistischen Landesamt Bremen, eine solche ressortübergreifende (kleinräumige) Berichterstattung angesiedelt werden – aufbauend auf den dortigen „Ortsteilatlas“ und das Monitoring „Soziale Stadt Bremen“. Welche technischen und personellen Voraussetzungen wären dazu notwendig?
 8. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, dass von den Jobcentern Bremen und Bremerhaven erhobene Daten möglichst zeitnah dem Statistischen Landesamt zur Verfügung stehen? Sieht der Senat Verbesserungsbedarf bei der Kooperation von Jobcentern und Statistischem Landesamt?

Susanne Wendland, Carsten Werner, Sülmez Dogan, Dr. Ulf Eversberg,
Dirk Schmidtman, Linda Neddermann, Dr. Stephan Schlenker,
Dr. Maike Schaefer, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis
90/DIE GRÜNEN

Klaus Möhle, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD